

## Niederschrift

**Gremium:** Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung  
**Sitzungs-Nr.:** 12 / Wahlperiode 2001/2006  
**Sitzung am:** 10.05.2004  
**Ort:** Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3  
**Beginn:** 9.30 Uhr **Ende:** 13.05 Uhr

### Behandelte Tagesordnungspunkte:

#### - Öffentlicher Teil -

**Seite:**

1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	6
2	Genehmigung der Niederschrift über die elfte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 24.02.2004	6
3	Schulische Integration von Schülerinnen und Schülern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf <b>Sitzungsvorlage Nr. 134/2004</b>	6
4	Sachstandsbericht über die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe <b>Sitzungsvorlage Nr. 49/2004</b>	7
5	Einrichtung eines Pro-Aktiv-Centers zum 01.06.2004 <b>Sitzungsvorlage Nr. 135/2004</b>	7
6	Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht <b>Sitzungsvorlage Nr. 136/2004</b>	8
7	Aktueller Monatsbericht Sozialstatistik des Landkreises Cuxhaven <b>Sitzungsvorlage Nr. 137/2004</b>	8
8	Mitteilungen und Anfragen	9
9	Einwohnerfragestunde	9



**- Nichtöffentlicher Teil -**

**Seite:**

10 Sachstandsbericht Kreiskrankenhaus Land Hadeln in Otterndorf

11



Anwesend waren:

Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen, Vorsitzende  
Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen  
Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf  
Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)  
Kreistagsabgeordneter Peters, Langen  
Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor  
für den verhinderten Abg. Steinau, Nordholz  
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf

Als hinzuberufene beratende Mitglieder:

Frau Anne Dieckmann, Sethlerhemmer Str. 34, 21745 Hemmoor  
Frau Tanja Dock, Norderteiler Weg 11, 21762 Otterndorf  
Frau Christel Hohmann, Stader Str. 77, 21762 Otterndorf  
Herr Peter Kuhlmann, Am Steinkamp 7, 27616 Beverstedt

Von der Verwaltung:

Landrat Bielefeld  
Kreisrätin Jahns  
Frauenbeauftragte Frau Mahler  
Kreisangestellter Maaß  
Kreisangestellter Minnermann  
Kreisangestellter Otremba, zugleich als Protokollführer

Als Gäste:

Regierungsschuldirektor Pagel (bis zu TOP 4)  
Herr Rainer Tormin, Tormin Unternehmensberatung (zu TOP 10)  
Herr Sascha Hartung, Tormin Unternehmensberatung (zu TOP 10)  
KOAR'in Schnall  
KOAR Flickenschild  
KA Krooß (zu TOP 6)  
Personalratsvorsitzender Bredehöft  
Personalratsvorsitzende Kreiskrankenhaus Schumacher

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz

Frau Regina Urban, Am Orint 12, 27619 Schiffdorf

**Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 9.30 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die elfte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 24.02.2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die elfte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 24.02.2004 wird genehmigt.

**Punkt 3: Schulische Integration von Schülerinnen und Schülern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf  
Sitzungsvorlage Nr. 134/2004**

Die Vorsitzende begrüßte Herrn Regierungsschuldirektor Pagel und verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Herr Pagel dankte für die Einladung und erwähnte, dass er über dieses an Bedeutung gewinnende Thema gerne vortrage und verwies gleichzeitig auf die zu Beginn der Sitzung verteilten Informationen. Diese wurden im Laufe der weiteren Sitzung erläutert.

Die **regionalen Integrationskonzepte** zeichnen sich dadurch aus, dass in der Regel sowohl Behinderte als nicht Behinderte bis zur 4. Klasse gemeinsam beschult werden. Dem Wunsch von Eltern behinderter Kinder nach dieser Beschulung wird in aller Regel entsprochen.

In den **Integrationsklassen** findet eine ziendifferenzierte Beschulung zwischen den behinderten und nicht behinderten Kindern statt. Die Anforderungen an die behinderten Kinder entsprechen nicht denen der Grundschule, sondern eher der Sonderschule. Ein Hauptschulabschluss wird eher in Ausnahmefällen erreicht. Vorteil dieses Konzeptes ist der Verbleib im näheren Wohnumfeld der Kinder.

Bei den **Kooperationsklassen** entscheiden die zusammenarbeitenden Schulen, in welchen Zeiträumen und in welcher Intensität Integrationen angezeigt sei. Diese Variante halte er für alle Beteiligten für die beste Lösung. Eine volle pädagogische Grundversorgung sei sichergestellt.

Bei den **sonderpädagogischen Fördermaßnahmen** an Grundschulen stehe die prophylaktische Wirkungsweise im Vordergrund.

Im Bereich des **mobilen Dienstes** sei anzumerken, dass der Spezialist für den Bereich der Beeinträchtigungen des Hörens bereits längere Zeit erkrankt sei und voraussichtlich ausfallen werde. Eine entsprechende Nachfolgerin sei schon jetzt teilweise eingesetzt und werde nach Abschluss der Ausbildung in etwa einem Jahr voll zur Verfügung stehen. Wichtiger Teil des mobilen Dienstes sei die Elternberatung. Auf die Frage der Vorsitzenden und des Abg. Demuth, wer über die richtige Maßnahme bzw. Schule entscheide, antwortete Herr Pagel, dass bei geistig und körperlich behinderten Kindern in der Regel eine so genannte Fördergruppe einen möglichen schulischen Weg aufzeige. Oftmals seien weitere Untersuchungen erforderlich. Zusätzlich werde die Sonderschule beauftragt, ein entsprechendes Gutachten zu erstellen. Zusätzliche Informationen, z.B. des Kindergartens oder der Grundschule, welche federführend in dem Verfahren sei, werden beachtet. Danach entscheide die Bezirksregierung Lüneburg über die geeignete Schulform. Gegen diese Entscheidung sei ein Widerspruch der Eltern möglich.

Frau Hohmann berichtete von ihren Erfahrungen in der letzten Zeit, in der auch der Beirat für Menschen mit Behinderungen entsprechende Aufklärungsarbeit geleistet habe, dass Ärzte, Lehrer u.a. sich oftmals für eine Beschulung in Sonderschulen aussprächen. Hier seien die Eltern zu beraten und zu unterstützen, um eine integrative Schulung zu erreichen. Auch die positiven Ergebnisse in Otterndorf auf diesem Gebiet wolle sie in diesem Zusammenhang nennen. Auch wehre sich der Beirat dagegen, den behinderten Schülerinnen und Schülern nach Beendigung der Grundschulzeit erneute Prüfungen hinsichtlich des Besuches einer weiterführenden Schule aufzuerlegen, da die Gemeinschaft zwischen den Behinderten und nicht Behinderten oftmals sehr gut sei und nicht auseinandergerissen werden sollte.

Die Vorsitzende dankte Herrn Pagel für den Vortrag.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung nahm Kenntnis.

**Punkt 4: Sachstandsbericht über die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe  
Sitzungsvorlage Nr. 49/2004**

KR'in Jahns verwies auf die Vorlage zu der letzten Sitzung. Der Landkreis stehe weiterhin in Gesprächen mit den Beteiligten. Die gesetzliche Grundlage stelle sich bisher nicht anders dar, der vorgesehene Zeitplan habe sich mehrfach verschoben. Derzeit liegen nach wie vor nicht alle nötigen Informationen für ein abschließendes Votum der Kommunen vor. Der Niedersächsische Landkreistag empfehle, zum jetzigen Zeitpunkt nicht von dem Optionsrecht Gebrauch zu machen und auch nicht in den Arbeitsgemeinschaften mitzuwirken. Mit der Bundesagentur für Arbeit habe am 05. Mai d.J. zuletzt ein Gespräch stattgefunden. Diese werde in die Gespräche mit den Gemeinden und dem Landkreis eingebunden. Ziel aller Beteiligten sei, dass die notwendige Auszahlung der Mittel ab Januar 2005 sichergestellt sei und die entsprechenden Daten hierzu ausgetauscht werden können.

Abg. Peters bestätigte auch aus seiner Mitgliedschaft im Niedersächsischen Landkreistag heraus, dass für die Landkreise derzeit keine gesetzliche Grundlage für eine Optionierung bestünde. Problematisch werde aber, dass trotz einer dann bestehenden Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit, die Hilfeempfänger vermutlich vor der Tür des Landkreises stehen werden.

Die Vorsitzende bestätigte, dass die Auszahlung der Gelder sichergestellt und die erforderliche Technologie auf beiden Seiten hierfür vorhanden sein müsse. Nach wie vor gelte auch der Grundsatz der Entlastung der Kommunen. Die Bundesagentur für Arbeit stelle derzeit andere Maßnahmen zurück, um ggf. die ab Januar 2005 zu übernehmenden Aufgaben gewährleisten zu können. Vor Ort sei es dann erforderlich, entsprechende Arbeitsgemeinschaften zu gründen. Der Bund gebe hierzu absichtlich kaum Vorgaben. Trotzdem wolle dieser aber auch ein Stück Kontrolle über die Angelegenheit behalten. Sie gehe davon aus, dass bis zur Sommerpause noch alles geklärt werden könne. Sollte dieses wider erwarten nicht geschehen, dürfe dieses nicht dazu führen, dass vor den Sozialämtern die zuvor genannten Schlangen stünden. Sie rate allen Beteiligten, sich entsprechend der jeweiligen Fallzahlen vorzubereiten.

KAng. Minnermann verwies darauf, dass die heutigen Fallzahlen von rd. 3.000 auf dann im Januar 2005 7.000 ansteigen. Entsprechende Software gäbe es hierfür derzeit nicht. Fest stehe, dass alle Antragsteller Anträge zu stellen haben, welche bei beiden Behörden zu bearbeiten seien. Nach seiner Auffassung dränge die Zeit sehr, und es werden erhebliche Probleme auftauchen.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung nahm Kenntnis.

**Punkt 5: Einrichtung eines Pro-Aktiv-Centers zum 01.06.2004  
Sitzungsvorlage Nr. 135/2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

KR'in Jahns erläuterte den weiteren Sachstand. Die Einrichtung eines Pro-Aktiv-Centers stehe im unmittelbaren Zusammenhang mit den §§ 18, 19 und 20 BSHG, die es nach Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht mehr geben werde. Daher ist eine konzeptionelle Aussage über das Jahr 2004 hinaus derzeit nicht möglich. Verschiedene bisherige Maßnahmen, wie u.a. RAN und RABaZ, werden in das Pro-Aktiv-Center eingebunden. Die Eigenbeteiligung des Landkreises betrage 60.500 €, von denen durch Einsatz vorhandenen Personals rd. 28.000 € eingebracht werden.

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Cuxhaven werde noch beteiligt.

Abg. Peters verwies darauf, dass die Finanzierung des RAN-Programmes noch bis 2006 laufe.

KR'in Jahns bemerkte, dass die kommunalen Anteile für RAN über diese Zeit auch weiterhin zu zahlen seien.

KAng. Maaß ergänzte, dass die Stadt Cuxhaven über die Finanzierung ihres Anteiles für RAN eine entsprechende Absichtserklärung bereits abgegeben habe.

Abg. Frau Tecker bemerkte, dass für den Bereich RABaZ in Hadeln im Vergleich zu Wesermünde eine halbe weibliche Arbeitsstelle fehlen würde.

KR'in Jahns berichtete, dass noch Verhandlungen mit dem Land über eine mögliche weitere halbe Stelle geführt werden sollen. Jedoch reiche die halbe Stelle für den Bereich Hadeln nach Auffassung des Landkreises in Anbetracht der Einwohnerzahlen aus. Dass die voraussichtliche Kürzung um eine halbe Stelle eine Frau betreffe, sei Zufall.

Frauenbeauftragte Frau Mahler führte aus, dass Zielgruppe der Maßnahmen u.a. Mädchen und junge Frauen seien und bat um Auskunft darüber, ob geprüft werde, dass diese Zielgruppe auch erreicht werde.

KR'in Jahns bestätigte dieses.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Das vorläufigen Konzept zur Einrichtung eines Pro-Aktiv-Centers zum 01.06.2004 wird positiv zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 6: Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht Sitzungsvorlage Nr. 136/2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Die Vorsitzende begrüßte Herrn KA Krooß und bemerkte positiv, dass der Anteil an unangemeldeten Prüfungen gestiegen sei. Hier bitte sie, kurz auf die damit gemachten Erfahrungen einzugehen. Weiterhin bitte sie um Auskunft darüber, ob das Berichtswesen in Niedersachsen einheitlich aufgebaut sei und was aus den Forderungen gemeinsamer Prüfungen mit dem MDK geworden sei.

KA Krooß berichtete, dass der Berichtsbogen eine Vorgabe des zuständigen Ministeriums sowie der Bezirksregierung Lüneburg sei und er daher von einer einheitlichen Erhebung ausgehe. Hinsichtlich der unangemeldeten Begehungen bestehe nach wie vor die Notwendigkeit, mit verschiedenen kompetenten Personen innerhalb der Einrichtung zu sprechen, die bei unangemeldeten Begehungen dann teilweise nicht erreichbar seien. Im Übrigen habe es sich gezeigt, dass hinsichtlich der Ergebnisse unangemeldeter und kurzfristig anberaumter Begehungen kaum Unterschiede im Ergebnis festzustellen seien.

Seit der Novellierung des Heimgesetzes seien der MDK und die Heimaufsicht zu einer Zusammenarbeit verpflichtet. In den Fällen, in denen eine Prüfung durch den MDK erfolge, an der auch die Heimaufsicht beteiligt sei, werde von einer erneuten heimaufsichtlichen Prüfung innerhalb eines kurzen Zeitraumes abgesehen. Die weitere Zusammenarbeit gestalte sich darüber hinaus auch in den nach § 20 Heimgesetz zu bildenden Arbeitsgemeinschaften.

Nach weiterer Aussprache, an der sich die Vorsitzende, die Abg. Frau Böckenkamp, Demuth, Martens, Peters und Frau Spiess sowie die beratenden Mitglieder Frau Dieckmann und Kuhlmann sowie KAng. Minnermann und KA Krooß beteiligten, beschloss der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung einstimmig:

Der Bericht der Heimaufsicht nach § 22 Abs. 3 Heimgesetz für den Berichtszeitraum 01.01.2003 – 31.12.2003 wird zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 7: Aktueller Monatsbericht Sozialstatistik des Landkreises Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 137/2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7 der Tagesordnung.

KR'in Jahns wies auf die steigende Zahl der Empfänger der Hilfeleistungsart „Hilfe zum Lebensunterhalt“ hin.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung nahm Kenntnis.



**Punkt 8: Mitteilungen und Anfragen**

Herr Kuhlmann wies auf die Veranstaltungen vom 08. – 10.06.2004 - Besuch des Seniorenbeirates Parchim - und 21.09.2004 - Podiumsdiskussion zum Thema „Leben im Alter“ mit dem Schwerpunkt Gesundheitsreform in Langen - hin.

**Punkt 9: Einwohnerfragestunde**

Einwohnerfragen wurden nicht vorgetragen.